

Künstliche Intelligenz in Herd und Kühlschrank

BSH Hausgeräte will mit Innovation punkten

München/Traunreut. Ein Kühlschrank, der selbst bemerkt, wenn unangenehme Gerüche entstehen und mit Sauerstoffzufuhr reagiert. Oder ein Backofen, der mittels Kamerasensor feststellt, wann das Croissant ausreichend gebräunt ist und sich dann selbst abschaltet. Das sind nur zwei von zahlreichen Innovationen, mit denen der Küchengerätehersteller BSH Hausgeräte mit großem Herd-Produktionsstandort in Traunreut auch in der kommenden, sich eintrübenden konjunkturellen Lage behaupten will.

Denn – daran ließ der neue BSH-Vorstandschef **Dr. Matthias Metz** keinen Zweifel aufkommen: Die Zeit der absoluten „Sonderkonjunktur“, was den Absatz von Küchengeräten angeht, sei vorbei. Bekanntermaßen wurde während Corona bestellt wie noch nie. BSH mit Marken wie Bosch, Siemens, Neff und Gaggenau tat sich seinerseits schwer, die Nachfrage überhaupt zu befriedigen. Stichworte: Materialmangel und gerissene Lieferketten.

Diese Probleme seien nun überwunden, so der neue BSH-Chef, der bei dem Pressegespräch gestern in München einen seiner ersten öffentlichen Auftritte hatte. Er war vergangenes Jahr auf Carla Kriwet gefolgt, die als Kurzzeit-Chefin zum Dax-Konzern Fresenius Medical Care gewechselt war. Die BSH-Bilanz des vergangenen Jahres ging zu einem Großteil noch einmal auf Kriwets Konto – und die ließ sich auch

durchaus sehen. Zumindest auf den ersten Blick: BSH vermeldet einen Umsatzrekord in Höhe von 15,9 Milliarden Euro. Das entspricht einem wechsellkursbereinigten Wachstum von 4,2 Prozent. Metz wertet dies als „solides Ergebnis“.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Dass der Umsatz noch einmal stark gestiegen ist, rührt zumindest zum Teil bereits von der Inflation. Denn auch BSH hat die Preise erhöht – hätte der Konzern das nicht, so hätte es wohl auch kein Umsatzplus gegeben, ließ Finanzchef Dr. Gerhard Dambach auf Nachfrage durchblicken.

Den Eindruck, man trete auf der Stelle, entkräftete der Finanzchef allerdings mit Verweis auf die hohe Investitionsquote von rund vier Prozent, das entspricht rund 600 Millionen Euro. Das Geld fließt in die Produktionsstandorte des Konzerns auf der ganzen Welt zwischen Mexiko und China. Noch mehr Geld, nämlich rund 800 Millionen Euro (5,3 Prozent) fließt in die Forschung. Etwa auch ins Herdwerk Traunreut, wo die weltweite Entwicklung im Bereich Backöfen sitzt. Dort werden Innovationen wie der genannte Backofen mit „Bräunungssensor“ erdacht und getestet. Traunreut werde deshalb auch künftig eine „Schmiede für Premiumbackgeräte sein“, so COO Lars Schubert, selbst lange Jahre in Traunreut tätig und seit vergangemem Jahr Mitglied des Vorstands. An anderen Standorten kann es demnächst hingegen durchaus auch zu Kurzarbeit kommen. Der Vorstand nannte hier konkret das Geschirrspülerwerk im schwäbischen Dillingen. – jag/F.: BSH



Energiewende: Er stellt die „Sinn-Frage“

Ökonom Hans-Werner Sinn spricht auf Einladung der VR-Bank vor heimischen Unternehmern

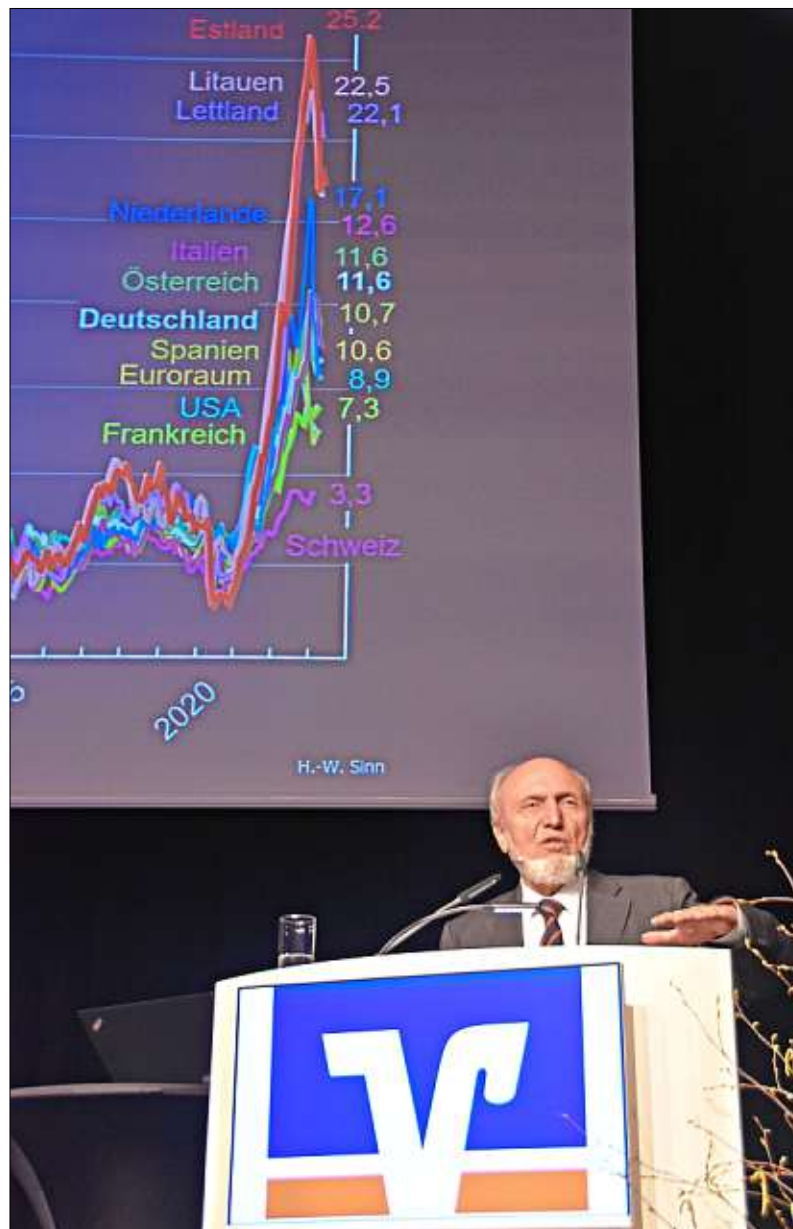
Von Johannes Geigenberger

Altötting. Welche Autos fahren die heimischen Unternehmer derzeit? Was für Modelle gerade angesagt sind, ließ sich am Dienstagabend rund um das Altöttinger Kultur- und Kongressforum beobachten. Die „Meine Volksbank Raiffeisenbank“ hatte zum Unternehmerabend eingeladen, und die Firmenkunden kamen gerne – viele davon im schicken E-SUV: ob von BMW, Mercedes oder Tesla.

Die Illusion, damit etwas fürs Klima zu tun, nahm der Gastredner des Abends, Top-Ökonom Hans-Werner Sinn, den anwesenden E-Fahrzeughaltern allerdings: „Elektroautos sind Kohleautos“, so der ehemalige Chef des Ifo-Instituts. Was er damit meinte: „Noch kommt der überwiegende Strom eben nicht aus erneuerbaren Quellen, sondern aus Kohle, Gas und Atom.“ Und wegen der „Lücke“ zwischen Zeiten, in denen viel Solar- und Windstrom zur Verfügung steht, und Zeiten, in denen die Tage kurz sind, aber der Strombedarf hoch (November), werde das auch noch lange so sein, ist Sinn überzeugt – es sei denn, es gelinge mittels Wasserstoff und Co. echte Energie-Speicherkapazitäten aufzubauen.

„Schon Merkel stellte die falschen Weichen“

Seine Kritik an den Maßnahmen zur Energiewende war nur ein Teil seines Rundumschlags. Die deutsche (Wirtschafts-)Politik habe bereits zu Merkel-Zeiten die falschen Weichen gestellt. Schon die große Koalition habe „getrieben von grüner Ideologie“ begonnen, durch Verbote eine lenkende Wirkung auf die Wirtschaft auszuüben. Und das, ohne Alternativen



Steile Thesen – steile Kurven: Top-Ökonom Hans-Werner Sinn sprach zu Inflation und Co. – und sparte nicht mit Kritik. – F.: Johannes Geigenberger

an der Hand zu haben. Die Denke: „Man muss nur die Unternehmen unter Druck setzen, dann werden sie schon innovativ und finden Lösungen“, sei grundfalsch – und stärke letztlich China, die USA und Co., denen die EU-Klimaziele Wurst seien. Dem Klima sei daher mit dem deutschen Verhalten alles andere als geholfen, so der Ökonom, der deshalb die ganz grundsätzliche „Sinnfrage“ be-

züglich der Klimaziele stellte. „Zumal feststeht, dass die CO₂-Neutralität bis 2045 nicht erreicht werden kann“, rechnete der ehemalige Ifo-Chef vor.

„Sinn und Verstand“ in der Politik vermisste der Ökonom auch bei anderen akuten Problemen, die überwiegend hausgemacht seien. Beispiel: Galoppierende Inflation. Nicht der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die

damit einhergehenden verteuerten Energiepreise seien dafür verantwortlich – „die Energiepreise sind mittlerweile gefallen, die Inflation ist noch da“ – sondern vielmehr die zügellose Geldpolitik der Europäischen Zentralbank seit der Eurokrise.

„Die Zentralbank wird Zinspolitik nicht fortsetzen“

Diese sei nun in der Zwickmühle, weil sie das lehrbuchhafte Mittel zur Inflationsbekämpfung – das Anheben der Leitzinsen – nicht so anwenden könne, wie es nötig wäre. Denn nach den ersten Zinsschritten seien nun bereits die ersten Banken ins Wanken geraten – siehe Silicon Valley Bank und Credit Suisse. „Ich glaube deshalb nicht, dass die EZB den Zinskurs fortsetzen wird“, so Sinn, der bei dieser Gelegenheit Banken lobte, die traditionell eine hohe Eigenkapitalquote haben – wie etwa Genossenschaftsbanken. Die Gastgeber beim Unternehmerabend von der „Meine Volksbank Raiffeisenbank“ um Vorstandsmitglied Rainhard Frauscher fühlten sich dadurch natürlich geschmeichelt. Trotzdem bekommen auch die VR-Banker die geänderten Bedingungen zu spüren, etwa im Immobiliengeschäft. „Die Zeiten, in denen sich Immobilien verkaufen wie von selbst, sind vorbei“, sagte Firmenkunden-Chef Michael Mitterer. Er wie auch Frauscher dankten Sinn herzlich für seinen zweistündigen Vortrag. Was fährt der Ökonom eigentlich selbst für ein Auto? Die spannende Antwort: Zumindest als Zweitwagen stand bei Sinn laut „Handelsblatt“ lange Jahre ein Trabi in der Garage.

Ein ähnlicher Vortrag wie ihn der Ökonom bei der Unternehmerveranstaltung gehalten hat ist auch auf <https://www.ifo.de/mediathek> zu finden.

Österreich will „auf keinen Fall polarisieren“

Chef der Ansiedlungsagentur ABA spricht über die Vorzüge seines Landes – Unternehmen zur Investition „eingeladen“

Wien. Als das „bessere Deutschland“ wurde Österreich Anfang der 2000er Jahre bezeichnet. Mit beteiligt am wirtschaftlichen Aufschwung damals war die „Austrian Business Agency“ (ABA), die Ansiedlungsagentur Österreichs. Wie sich das Nachbarland für Unternehmen attraktiv macht, darüber spricht Bernhard Bachleitner, Deutschland-Chef der ABA, im Interview mit unserer Zeitung.

Anfang der 2000er Jahre hat Österreich sich wirtschaftlich umfangreich reformiert – mit Erfolg. „Österreich: Das bessere Deutschland“, titelte damals das Magazin „Stern“. Deutschland hat dann dagegen gehalten und selbst eine Sozial- und Steuerreform angestoßen – was das Land tatsächlich für anderthalb Jahrzehnte prosperieren ließ. Jetzt fällt Deutschland wieder spürbar zurück. Heißt es bald wieder, Österreich sei das bessere Deutschland?

Bernhard Bachleitner: Was der ‚Stern‘ damals geschrieben hat, war für Österreich natürlich eine schmeichelhafte Sache. Aber ehrlich gesagt distanzieren wir uns von der Aussage, Österreich sei das bessere Deutschland. Denn wir wollen auf keinen Fall polarisieren. Von übergeordneter Warte aus betrachtet muss man feststellen, dass Deutschland im Allgemeinen und Bayern im Besonderen exzellente Wirtschaftsstandorte sind. So wie Österreich auch. Deshalb ist es von Vorteil für uns alle, wenn wir – Deutschland, Bayern und Österreich – unsere Wirtschaftsstandorte miteinander kombinieren, etwa durch Tochterstandorte jenseits der Grenzen.

Aber wenn es darum geht, den Standort attraktiv zu machen, hat Österreich wirtschafts- und steuerpolitisch einiges im Köcher.

Bachleitner: Österreich hat es in Zeiten globaler Krisen geschafft, eine wirklich beachtliche Steuerreform umzusetzen – was den ohnehin attraktiven Standort noch attraktiver gemacht hat. Nehmen Sie zum Beispiel die Gewinnbesteuerung für Unternehmen: Erstens haben wir in Österreich keine Gewerbesteuer. Zweitens keinen Solidaritätszuschlag. Und Drittens besteht die Besteuerung des Unternehmensgewinns ausschließlich aus der Körperschaftsteuer – die in Österreich ein fixer Prozentsatz ist. Im vergangenen Jahr waren es 25 Prozent, seit 1. Januar dieses Jahres sind es 24 Prozent, und im kommenden Jahr werden es nur noch 23 Prozent sein.

In Deutschland ist das etwas komplizierter geregelt, der Durchschnitt liegt bei knapp 30 Prozent. Und auch bei der Lohn- und Einkommensteuer ist Österreich aktiv geworden.

Bachleitner: Hier haben wir mehrere Dinge umgesetzt. Erstens planen wir die höchste Tarifstufe mit einem Jahreseinkommen von über eine Million Euro wieder in die 5. Tarifstufe mit 50 Prozent zu integrieren. Dann gibt es nurmehr fünf Tarifstufen, beginnend von 11 000 Euro bis 18 000 Euro, von 18 000 Euro bis 31 000 Euro, von 31 000 Euro bis 60 000 Euro, von 60 000 Euro bis 90 000 Euro, und über 90 000 Euro. In der ersten Tarifstufe liegt die Steuer bei 20 Prozent, in der zweiten wurde sie von 35 Prozent im vergangenen Jahr auf 30 Prozent in diesem Jahr ge-



„Geschafft, eine wirklich beachtliche Steuerreform umzusetzen“

senkt, in der dritten von 42 Prozent im vergangenen Jahr auf 40 Prozent in diesem Jahr, in der vierten liegt sie bei 48 Prozent, in der fünften bei 50 Prozent. Bei den höheren Einkommen liegen wir durch die unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen bei der Steuer noch ein bisschen höher als in Deutschland. Aber zum einen ist das im Detail schwer miteinander zu vergleichen und zum anderen ist wichtig, dass man sieht, wo bei uns der Trend hingehet: Wir senken Steuern. Das Zweite, das wir in Österreich nach langen Diskussionen endlich angegangen haben, ist, dass wir ab diesem Jahr die Kalte Progression so gut wie abgeschafft haben – und zwar, indem Zweidrittel der jeweiligen Progressionsstufen automatisch an die In-

flation angepasst werden. So wie übrigens auch die Sozial- und Familienleistungen in Österreich automatisch mit der Inflation mitwachsen.

Auffällig ist, dass sich Österreich im Vergleich zu Deutschland schon in den letzten Jahren wirtschaftlich überdurchschnittlich entwickelt: 2021 lag das Wirtschaftswachstum in Deutschland bei 2,6 Prozent – in Österreich bei 4,6 Prozent. Und 2022 waren es hierzulande 1,8 Prozent, in Österreich hingegen fünf Prozent. Was ist das Geheimnis?

Bachleitner: Wir haben engagierte Unternehmer, starke Familienbetriebe, einen ausgeprägten Mittelstand – so, wie in Deutschland auch. Das erklärt also den Unterschied nicht. Allerdings sind nicht alle Regionen in Deutschland wirtschaftlich so stark wie Bayern. Während sich also Bayern und Österreich recht ähnlich entwickeln, bleiben die gesamtdeutschen Zahlen ein bisschen hinter Österreich zurück. Was man für Österreich aber schon sagen muss: In Österreich ist die Kaufkraft sehr hoch, was für Unternehmen bei der Markterschließung von hoher Bedeutung ist. Österreich hat ein großes Potenzial als grenzüberschreitende Drehscheibe für die Märkte in Mittel- und Osteuropa. Österreich ist zudem als Forschungsstandort extrem attraktiv: Bei Ausgaben in Forschung und Entwicklung wird eine 14-prozentige steuerliche Prämie als nicht rückzahlbarer Zuschuss auf alle Forschungs- und Entwicklungs-bezogenen Kosten und Investitionen gewährt, und zwar neben der direkten Forschungsförderung. Und Österreich ist auch als Investi-

tionsstandort attraktiv: Wir gewähren einen steuerlichen Investitionsfreibetrag von 10 Prozent, bei ökologischen Investitionen sogar 15 Prozent. Zudem sehen wir uns bei den Fachkräften ein wenig besser aufgestellt.

Warum?

Bachleitner: Wir haben wie Sie die Duale Ausbildung und auch die Qualität der Hochschulen ist vergleichbar. Bei uns gibt es aber zusätzlich die höheren technischen Lehranstalten – die ein zusätzliches Potenzial an Fachkräften bieten. Hinzu kommt, dass den größ-

„Unsere Wettbewerber sitzen in Amerika und Asien. Wir sollten also zusammenrücken“

ten Anteil an internationalen Talenten in Österreich deutsche Expats ausmachen, es sorgt dafür, dass das Thema Fachkräfte in Österreich etwas entspannter ist.

Wie ist Österreich bei der Energieversorgung aufgestellt? In Deutschland wird dieses Thema nach wie vor heiß diskutiert.

Bachleitner: Auch da sind wir besser aufgestellt – durchaus ohne aktuelles Zutun: Zum einen sind wir in Österreich nie in die Atomkraft eingestiegen und müssen deshalb jetzt auch nicht aussteigen. Und zum anderen hat Österreich aufgrund seiner topografischen Lage seit jeher einen sehr hohen Anteil an Erneuerbaren Energien, etwa durch Wasserkraft, also Fluss- und Speicherkraftwerke. Das gibt uns

eine höhere Versorgungssicherheit.

Vor 20 Jahren ärgerten Sie insbesondere die bayerische Politik damit, dass Sie bei den weiß-blauen Unternehmen erfolgreich für Investitionen und Ansiedelung in Österreich warben. Jetzt, wo in Deutschland eh das Gespenst der Deindustrialisierung umgeht. Planen Sie eine neue Anwerbeinitiative?

Bachleitner: Wir waren all die Jahre aktiv, 2022 haben wir etwa 50 bayerische Unternehmen bei der Internationalisierung über die Grenze begleitet. Aber klar ist auch: Wir wollen auf keinen Fall polarisieren. Wir glauben, wir können bayerische Unternehmen stärken, indem wir sie einladen, in Österreich zu investieren. Umgekehrt sind ja mindestens ebenso viele österreichische Unternehmen in Deutschland und Bayern aktiv. Gerade die Kombination der jeweiligen Vorteile der beiden Standorte macht diese Unternehmen wettbewerbsfähiger. Die bayerische Politik sollte also das gleiche Interesse haben wie wir. Denn internationalisierte Unternehmen, das zeigen Studien, sind wettbewerbsfähiger und kommen besser durch Krisen – weil Risiken besser verteilt sind und Chancen besser genutzt werden. Und mal ehrlich: Die Wettbewerber Bayerns sitzen nicht in Österreich und die Wettbewerber Österreichs nicht in Bayern – unsere Wettbewerber sitzen in Amerika und Asien. Wir sollten also zusammenrücken und gemeinsam unsere Unternehmen stärken.

Interview: Alexander Kain